

Landesdelegiertenkonferenz

7. November 2010

Uferstudios, Studio 14
Uferstraße 8, Berlin (Wedding)

Eingereicht von:
Elvira Pichler (KV
Friedrichshain-Kreuzberg)
u.a.

Gegenstand:
Antrag

V2

Grüne

Für die Schaffung einer postkolonialen Erinnerungskultur in Berlin

5 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Der deutsche Kolonialismus gehört zu den vergessenen oder ausgeblendeten Themen deutscher Geschichte. Die Geschichte und Verbrechen des deutschen Kolonialreiches kommen in der Erinnerungskultur der BRD so gut wie nicht vor. Eine Konsequenz dieser Ausblendung ist, dass
10 auch eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit kolonial-rassistischen Denkmustern und Verhaltensweisen unterbleibt. Bündnis 90/Die Grünen wollen diese längst überfällige Debatte befördern. Ein wichtiges Element hierzu ist die Schaffung einer umfassenden postkolonialen Erinnerungskultur.

15 Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, dass der zukünftige Berliner Senat aus gesamtstädtischer Perspektive ein umfassendes postkoloniales Erinnerungskonzept für die Stadt Berlin entwickelt, die in den letzten drei Jahrzehnten der wilhelminischen Zeit die „Kolonialmetropole“ des Deutschen Reiches und später Zentrum des kolonialrevisionistischen Ansinnens der Nationalsozialisten war.

20 Ziel eines postkolonialen Erinnerungskonzeptes für Berlin ist es, die Kolonialgeschichte Deutschlands ins öffentliche Bewußtsein zu heben und eine kritische öffentliche Auseinandersetzung mit Rassismus zu befördern.

25 Bei der Erarbeitung dieses Erinnerungskonzeptes sind auch ExpertInnen aus den Bezirken, der zivilgesellschaftlichen, postkolonialen Bewegung sowie universitäre Forschungsprojekte einzubeziehen, die sich der Erforschung (post)kolonialer Stadträume widmen .

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich insbesondere dafür ein, dass die koloniale Stadtgeschichte
30 Berlins für die interessierte Öffentlichkeit aufbereitet und in Kultureinrichtungen des Landes Berlin in Ausstellungen und Veranstaltungen thematisiert wird. Ebenso werden wir darauf hinwirken, dass Einrichtungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, deren Bestände Zeugnis ablegen von der kolonialen Vergangenheit Deutschlands, in das postkoloniale Erinnerungskonzept einbezogen werden.

35 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Kolonialgeschichte Deutschlands in der Dauerausstellung des Deutschen historischen Museums, einer Kultureinrichtungen des Bundes in Berlin, angemessen thematisiert und vermittelt wird.

40 Bündnis 90/Die Grünen unterstützen die Umbenennung von Straßennamen, die Kolonialakteure ehren. Mit Straßenumbenennungen wollen wir die kolonialen Spuren im Stadtraum nicht tilgen, sondern die Perspektive der Erinnerung umkehren. Als neue NamensgeberInnen sollen daher Personen des antikolonialen Widerstandes, Opfer des Kolonialismus oder Menschen ausgewählt werden, die sich mit Kolonialismus und Rassismus
45 kritisch auseinandergesetzt haben – insbesondere People of Colour und Frauen.

Bündnis 90/Die Grünen empfehlen, dass bei Umbenennungen kolonialer Straßennamen die Gründe für die Umbenennung und der historische Kontext auf Informationsträgern (z.B. Infotafeln, Zusatzschildern u.a.) im öffentlichen Raum sichtbar gemacht werden.

50 Darüber hinaus unterstützen wir die Förderung von Projekten, welche zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die Auseinandersetzung mit Kolonialismus und Rassismus mit Medien und Methoden der beteiligten Kunst, der Kultur-, Bildungs- und Gemeinwesenarbeit beitragen. Wir regen an, dass insbesondere im Schulunterricht oder in Schulprojekten eine stärkere
55 Beschäftigung mit diesen Themen stattfindet.

Die Dritte UN „Weltkonferenz gegen Rassismus, rassistische Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz“ (Durban 2001) erkennt in ihrer Abschlusserklärung an, dass „der Kolonialismus zu Rassismus, Rassendiskriminierung,
60 Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz geführt hat“ und der transatlantische Sklavenhandel ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ war, das „immer als solches hätte gelten sollen“. Bündnis 90/Die Grünen betrachten die Förderung einer postkolonialen Erinnerungskultur in Berlin als ein wichtiges Element im Kampf gegen rassistische Denkmuster und Verhaltensweisen in unserer Stadt.

Begründung:

- Die Auseinandersetzung mit der vergessenen oder ausgeblendeten deutschen Kolonialgeschichte und ihren materiellen, kulturellen und geistigen Folgen, die bis in unsere Zeit hineinwirken, ist längst überfällig. Nicht zuletzt mit der gegenwärtigen „Integrationsdebatte“ sarrazinscher Prägung, werden in Deutschland wieder rassistische Stereotypen, Denkmuster und Verhaltensweisen aktiviert und aus der „Mitte der Gesellschaft“ heraus salonfähig gemacht, die schon in der Kolonialzeit des Deutschen Kaiserreiches ausgeprägt wurden. Die Vorstellung der vermeintlichen Überlegenheit und Höherwertigkeit der weißen „Rasse“ und der weißen „Kultur“ der Kolonialherren sowie die vermeintliche Minderwertigkeit und herabwürdigenden Beschreibungen der „Anderen“, wurden damals tief im gesellschaftlichen Bewußtsein verankert. Sie diente den deutschen Kolonisatoren dazu, sich von den kolonisierten „Anderen“ abzugrenzen und ihre gewaltsame Unterwerfung und Ausbeutung zu legitimieren.
- 80 Diese Geschichtsvergessenheit zeigt sich auch darin, dass bislang noch keine Bundesregierung die Veranlassung sah, zu wichtigen Ereignissen unserer kolonialen Vergangenheit offizielle Gedenkveranstaltungen in Deutschland auszurichten – nicht zum 125. Jahrestag der Berliner Afrika-Konferenz im Jahr 2009/2010, nicht zum 100. Jahrestag des Beginns des Krieges der Deutschen gegen die Herero und Nama in der früheren Kolonie Deutsch-Südwest-Afrikas in 85 2005, nicht zum hundertsten Jahrestag des Maji-Maji-Krieges, in dem sich AfrikanerInnen im heutigen Tansania gegen die deutsche Kolonialherrschaft zur Wehr setzten. Es findet kein Gedenken statt an die Opfer des Krieges in Namibia, in dem deutsche Truppen 80.000 Menschen umbrachten, kein Gedenken an die Hunderttausende, die in Folge der deutschen Strategie der verbrannten Erde dem Krieg in Tansania zum Opfer fielen. Diese Geschichte und 90 ihre schwerwiegenden Folgen muss auch Gegenstand des öffentlichen Erinnerungsdiskurses werden. Ohne eine postkoloniale Erinnerungskultur kann weder das wirtschaftliche und politische Ungleichgewicht der Staaten des Nordens und des Südens noch der anhaltende Rassismus in unserer Gesellschaft verstanden und überwunden werden.
- 95 Die Geschichte Berlins als Kolonialmetropole ist bislang kaum bekannt – geschweige denn in unseren Museen als Stadtgeschichte dokumentiert. Insbesondere in seinen letzten drei Jahrzehnten verfolgte das wilhelminische Kaiserreich vor allem durch seinen Kolonialbesitz eine expansive, weltumspannende Großmachtpolitik. In Berlin als der ehemaligen „Reichs(kolonial)hauptstadt“ hatten alle Institutionen der 100 Kolonialverwaltung und die wichtigsten Kolonialverbände ihren Sitz. Abgesehen von „kolonialen Erwerbsgesellschaften“ hatten in der Stadt ebenfalls zahlreiche Verbände der Koloniallobby sowie wissenschaftliche Institutionen zur Erforschung der überseeischen Welt ihre Niederlassungen und Hauptgeschäftsstellen. Es gilt, diese kolonialen Spuren im Stadtbild kenntlich zu machen – beispielsweise durch Hinweistafeln oder Erläuterungsschilder im

105 Stadtraum, die als Stationen eines postkolonialen Erinnerungsweges durch die Stadt fungieren können. Außerdem haben in Berlin wichtige Ereignisse der deutschen und europäischen Kolonialgeschichte stattgefunden - wie etwa die Berliner Afrika-Konferenz (1884/85) zur Aufteilung Afrikas unter den europäischen Mächten.

Ein weiteres wichtiges Kapitel der kolonialen Vergangenheit Berlins sind die

110 Kolonialausstellungen und das 1899 am Lehrter Bahnhof eingerichtete Deutsche Kolonialmuseum. Sie sollten der Propaganda für den „Kolonialgedanken“ dienen und das „koloniale Wollen“ des deutschen Volkes stärken. Nicht zu vergessen die – unter anderem im Zoologischen Garten organisierten – Völkerschauen, auf denen man „Eingeborene“ aus den deutschen „Schutzgebieten“ als Exoten zur Schau stellte.

115 Darüber hinaus existierte in der Kolonialmetropole Berlin auch eine afrikanische Diaspora, die nicht zuletzt auf Grund des kolonialen Engagements Deutschlands entstanden war. Die kolonialen Spuren führen auch in den Berliner Reichstag, wo die Abgeordneten nicht nur über den jährlichen Kolonialetat debattierten, sondern heftig über das Für und Wider der deutschen Übersee-Expansion stritten.

120

Augenfällig wird die kolonialistische Tradition heute vor allem bei den Straßennamen. Sie vergegenwärtigen den ehemaligen „Kolonialbesitz“, erinnern an einst beanspruchte Regionen, Orte und Ressourcen der Welt und tragen Bezeichnungen, die schwarze Menschen diskriminieren. Selbst koloniale Akteure werden bis heute in Berlin unkommentiert mit

125 Straßennamen und Denkmälern geehrt, „durch die Kolonialisten noch immer glorifiziert und Kolonialisierte weiterhin gedemütigt werden“ (May Ayim). Diese Ehrungen sind mit der Würde des Menschen und dem demokratischen Selbstverständnis unserer Gesellschaft nicht vereinbar.

In Friedrichshain-Kreuzberg wurde daher auf Initiative der grünen BVV-Fraktion am 27. Februar

130 2010 - nach einer zweijährigen Debatte - das Gröbenufer in May-Ayim-Ufer umbenannt. Mit dieser Umbenennung wurde erstmals in Deutschland ein kolonialer Straßename, der einen „Kolonialpionier“ ehrt, ersetzt durch den Namen einer afro-deutschen Frau, die sich in ihren wissenschaftlichen, literarischen und politischen Werken kritisch mit Kolonialismus und Rassismus auseinandergesetzt hat. Auf einer großen Informationstafel, deren Erstellung von

135 zivilgesellschaftlichen und politischen Stiftungen finanziert wurde, werden die Gründe der Umbenennung und der historische Kontext in deutscher und englischer Sprache erläutert. Sie dient als Anlaufpunkt für geschichtskritische LehrerInnen und ihre Schulklassen, für historische Stadtführungen, für Bildungstouristen u.a. Damit wurde ein öffentlicher Erinnerungsraum geschaffen, in dem auch Menschen mit transnationalen Biographien sich

140 wiederfinden können. Wir haben mit der Umbenennung des Gröbenufers in May-Ayim-Ufer eine außerparlamentarische Debatte aufgenommen, die durch Menschen aus der postkolonialen Bewegung und dem Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag (BER), in dem sich 70 zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine als ihrem Dachverband zusammengeschlossen haben, seit Jahren vorangetrieben wurde.

145

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg verleiht mit der Umbenennung seiner Auffassung Ausdruck, dass Kolonialismus und Rassismus keine abgeschlossenen Themen der Vergangenheit sind, sondern zu den wirkmächtigsten und folgenschwersten Erblasten gehören, mit denen wir uns in unserer heutigen Zeit auseinanderzusetzen haben.

150

UnterstützerInnen:

Susanna Kahlefeld, Sprecherin LAG Flucht und Migration

Oliver Schruoffenegger, KV Reinickendorf

155 Bettina Jarasch, LAG Bildung

Jörn Jaath, KV Mitte

Anja Kofbinger, KV Neukölln

Ali Mahdjoubi, KV Charlottenburg-Wilmersdorf

KV Friedrichshain-Kreuzberg

160 LAG Flucht und Migration